

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Platz für Anzeigen ist beschränkt
und für Anzeiger die Poststellen
entfallen. - Einmal wöchentlich
Erscheint - Anschlag Nr. 33.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise
sind für Anzeigen aus der Zeit
vom 1. Oktober bis zum 31. Oktober
einstufige Anzeigen zu 20 Mark pro
Zeile. Einmalige Anzeigen zu 30 Mark
pro Zeile. Die Anzeigenpreise für
Anzeigen aus der Zeit vom 1. November
bis zum 31. Dezember sind höher.

Telegramme: Auer Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 252

Dienstag, den 28. Oktober 1924

19. Jahrgang

Landtagswahlen auch in Sachsen?

Sozialdemokraten und Deutschnationale fordern Auflösung des Landtags.

Entscheidungen des sozialdemokratischen Landesparteitages.

Leipzig, 26. Oktober. Der Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei hat sich in einer einstimmig angenommenen Entschließung zur Landespolitik für die Loslösung der Landtagsfraktion, die Landtagsauflösung so zu betreiben, daß die Neuwahlen zum Landtag zusammen mit den Reichstagswahlen am 7. Dezember stattfinden.

In einer zweiten Entschließung empfiehlt der Parteitag, nachdem der letzte Reichsparteitag zum Sachkonflikt erklärt habe, daß bei der Kandidatenaufstellung die bisherige Stellung der einzelnen Parteigenossen in dem jetzt überwindenen Parteistreit nicht bewertet werden sollte, die bisherigen Abgeordneten wieder aufzustellen, soweit nicht im einzelnen Falle besondere Bedenken, insbesondere das Interesse der Partei, die Wiedereinstellung unmöglich machen.

In einer weiteren Entschließung wird die sächsische Regierung aufgefordert, schnellstens Vorbereitungen zu einer Amnestierung der politischen Verurteilten zu treffen und sie in möglichstem Maße zur Anwendung zu bringen. Einigen...

fordert der Landesparteitag weitere Niederschlagung der noch schwebenden Prozesse. Insbesondere wird schließlich die Begnadigung Dr. Reigers gefordert, dessen Verurteilung im weitesten, auch bürgerlichen Kreisen (?) der Bevölkerung als widerrechtlich und ungerecht erachtet werde. Sämtliche Entschließungen wurden unter großem Beifall einstimmig angenommen.

Ostfachsens Deutschnationale für Landtagsauflösung.

Meißen, 26. Oktober. Am Sonnabend fand in Meißen der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei für den Wahlkreis Ostfachsen statt. Nach Referaten des Reichstagsabgeordneten Dr. Philipp (Leipzig) über die Reichspolitik und des Landtagsabgeordneten Synkris Berg (Leipzig) über die sächsische Landespolitik wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Deutschnationale Volkspartei Ostfachsens „zur Reinigung des politischen Lebens vom Novembergeist“ die Abrechnung mit den Parteien der Linken und deren Anhängseln fordert. Weiter wird in der Entschließung die Forderung nach alsbaldiger Auflösung des sächsischen Landtages aufgestellt.

die Deutsche Tageszeitung, meint geschmackvoll, daß nach dem Ausschelden des Abg. Dr. Böhm nichts mehr hindere, sich ungeniert jiddisch zu unterhalten. Die Demokratische Reichstagsfraktion zählt einen einzigen Juden, den aus Baden stammenden Dr. Haas, der sich im Schlingensiefel vor Herrn das E. R. I. verdient hat und in allen Kreisen des Reichstags höchste Achtung genießt. Er gehörte wohl dem Vorstand der Fraktion an, führte sie aber nicht. Jiddisch ist die Muttersprache der polnischen Juden, die gewiß nicht durchweg erwünschte Elemente sind. Den Prozess des polnischen Schacherjuden hat Gustav Freitag in „Soll und Haben“ in der Figur des Schmeie Tinkles gezeichnet. Den scheinen sich die Deutschnationalen bei ihrem Bestreben, Ministerposten zu erlangen, zum Vorbild genommen zu haben. So oft sie auch hinausgewiesen wurden, immer kamen sie wieder, um das Geschäft zu machen. Und jedesmal mit einem billigeren Angebot. Aber während Schmeie Tinkles nur um den Preis für seine Wolle feilschte, suchten die Deutschnationalen mit der Preisgabe ihrer im Wahlkampf ihren Wählern gemachten heiligen Zugaben einige Ministerposten zu erschauern. Entweder hatten sie ihre Wähler vorher belogen, oder sie betrogen sie jetzt. Dagegen war Schmeie Tinkles doch ein Ehrenmann.

Die Hamburger Bürgerschaftswahlen.

Nur mäßige Wahlbeteiligung.

Hamburg, 26. Okt. Die Wahlen zur Bürgerschaft sind, soweit bisher bekannt, ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Wahlbeteiligung war anscheinend nicht besonders groß; man schätzt sie auf etwa 65 Prozent.

Bis 11 Uhr nachts lag hier folgendes Ergebnis aus 522 von 642 Bezirken vor: Sozialdemokraten 143 026 (173 587), Kommunisten 65 708 (114 365), Demokraten 60 535 (81 514), Deutsche Volkspartei 58 266 (76 482), Deutschnationale Volkspartei 75 147 (122 004), Büllische 11 227 (37 757), Zentrum 7782 (9612) Stimmen. Die in Klammern stehenden Zahlen bedeuten die endgültigen Ergebnisse bei der letzten Reichstagswahl. Bei den Ziffern vom heutigen Sonntag stehen noch 120 meist ländliche Bezirke (etwa ein Fünftel der Gesamtzahl der Bezirke) aus.

Hamburg, 27. Oktober. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis wurden im Wahlkreis 1 (Stadtgebiet) 501 024, im Wahlkreis 2 (Landgebiet) 33 029 gültige Stimmen abgegeben. Es erhalten Demokraten im Wahlkreis 1 20 Sitze, Wahlkr. 2 einen Sitz, Sozialdemokraten 49 bez. 4 Sitze, Arbeiterbund 2 bzw. keinen Sitz, Deutsche Volkspartei 20 bzw. 3 Sitze, Wohnungsfürsorge 1, Gewerbetreibende 2, Zentrum 2; Deutschnationale 26 bzw. 2 Sitze. Die U.S.P., die Hanseaten, der Freie Wirtschaftsbund, der Volkswirtschaftsbund usw. gingen leer aus.

Aus der Wahlbewegung.

Die demokratischen Kandidaten im Wahlkreis Leipzig.

Der Kreisverband Leipzig der Deutschen Demokratischen Partei beschäftigte sich in seiner Sitzung am 25. Oktober mit den Wahlvorbereitungen. Einstimmig wurde beschlossen, den bisherigen Vertreter im Reichstage, Prof. Dr. Walter Goey, wiederum die Spitzenkandidatur anzutragen. Prof. Goey hat sich zur Annahme der Kandidatur bereit erklärt.

An zweiter Stelle wurde Frau Oberst Elisabeth Lange-Schwerin aufgestellt, an dritter Stelle Oberpostsekretär Wilhelm Biermann-Leipzig, an vierter Stelle Kaufmann Wilhelm Küller-Waldheim. Die Liste schließt an 16. Stelle mit dem Senatspräsidenten im Ruhestand Dr. Hagens-Leipzig.

Zur politischen Lage wurde nachstehende Entschließung angenommen:

„Die historische Aufgabe der Deutschen Demokratischen Partei aus dem Geiste Friedrich Rauemanns ist die Überwindung des Klassenkampfes: Mit allen Kräften gilt es, die Spaltung unseres Volkes in zwei sich bekämpfende Teile zu verhindern. Nur durch die Begründung der Volksgemeinschaft wird es gelingen, dem deutschen Vaterland wieder eine geeichtete und kraftvolle Stellung in der Welt zu verschaffen. Wer diese soziale und nationale Politik schwächt oder zerstört, vernichtet jede Hoffnung auf Deutschlands Aufstieg. Die Wähler, die über die Zusammensetzung der Parlamente zu entscheiden haben, müssen eine klare und eindeutige Stellungnahme der Parteien verlangen. In diesem Geiste ist die Entschließung der Reichstagsfraktion ausgefallen. Wir danken ihr dafür und sind gewiss, daß die deutsche Wählerschaft sich zu dieser Politik bekennen wird.“

Erlenz gegen Stresemann.

Demokratie als Hüterin der Mittelpolitik.

Hamburg, 26. Oktober. Der Führer der demokratischen Reichstagsfraktion Erlenz sprach in einer zahlreich besuchten Wahlversammlung über die Auflösung des Reichstags und erteilte dann auf die Ausführungen Stresemanns eine geistreiche Antwort. Erlenz führte u. a. aus: „Es gilt, eine neue innerpolitische Schuldlage von der Schuld der deutschen Demokraten an der Auflösung des Reichstages zu brechen. Wenn Dr. Stresemann in Hamburg gelogt hat, Erlenz habe den Linksblock gemacht, so kann ich daraufhin nur erwidern: Wer den Bürgerblock will, der erzwingt den Linksblock. Die Deutsche Volkspartei ist eine halbkonserervative Partei geworden, mit der die Demokraten nichts mehr zu tun haben wollen. Die Demokratische Partei aber steht gerade auf dem Boden der Mittelpolitik und ist gerade deswegen gegen einen Rechtsblock. Die deutsche Republik muß noch einmal geistig erobert werden, damit sie im Herzen des Volkes stabilisiert wird. Deutschlands außenpolitisches Schicksal ist vom Sieg in diesem Kampfe abhängig.“

Mühlhausen i. Th., 26. Okt. Im Rahmen des Thüringischen Parteitag der Deutschen Volkspartei sprach Reichsaussenminister Dr. Stresemann heute in einer von tausenden besuchten Versammlung zu Mühlhausen in Thüringen über die politische Lage. Seine Ausführungen bewegten sich in den Gedankengängen seiner in Frankfurt a. M. und Hamburg abgegebenen programmatischen Erklärungen.

Sächsischer Bauernbund gegen Bürgerblock.

Dresden, 25. Oktober. Der sächsische Bauernbund, die demokratische Organisation der sächsischen Bauern, hat sich entgegen der Haltung des Reichstagsabgeordneten Dr. Böhm ausdrücklich gegen den Gedanken eines Bürgerblocks in schärfer Weise ausgesprochen und sich in aller Form mit der Politik der demokratischen Parteiführung einverstanden erklärt.

Reichsparteitag der Zentrumspartei.

Am Preussischen Landtag nahm am Sonntag der diesjährige Zentrumsparteitag mit Sitzungen des Reichsparteivorstandes seinen Anfang. An den Beratungen nahm auch Reichszentraler Marx teil. Seine Ausführungen über die vom Zentrum einzuschlagende Politik lassen sich etwa dahin zusammenfassen: Das Zentrum muß eine ausgesprochene Partei der Mitte, des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs bleiben. Darum konnte eine Erweiterung der Regierung nur nach rechts und links in Frage kommen. Die Londoner Abmachungen müssen unbedingt loyal und ehrlich erfüllt werden. Für das Zentrum werden auch im kommenden Reichstag nur solche Parteien koalitionsfähig sein, die sich unabweislich und ohne Hintergedanken auf den Boden der Tatsachen stellen, die durch die Annahme der Dawes-gesetze gegeben sind, und die weiter die unbedingte Gewähr dafür bieten, daß sie ernstlich die Weimarer Verfassung gegen alle Angriffe verteidigen wollen.

Das Kulturiveau der Deutschnationalen Volkspartei

ist so tief gesunken, daß sie sich nicht geniert, selbst in ihrem Wahlaufsatz in blödem Antikommunismus zu machen. Sie nennt die Deutsche Demokratische Partei eine jüdisch geführte, vom Marxismus abhängige Partei. Und ihr größtes Blatt,

Ein Nachruf.

Von Alfred Brodauf, M. d. R.

In der Öffentlichkeit streitet man sich noch darüber, welche Partei die Verantwortung für die Reichstagsauflösung trage. Der Streit ist müßig, verantwortlich ist nicht nur formell, sondern auch sachlich die Reichsregierung, die die Auflösung verfügte ohne den gerade Weg zu beschreiten, auf den sie die demokratische Fraktion verwies. Sie hätte mit ihrem Programm der Fortführung der von ihr eingeschlagenen Außen- und Innenpolitik vor den Reichstag selbst treten und abwarten sollen, ob ein Vertrauensvotum abgelehnt oder ein Mißtrauensvotum angenommen würde. Bei der Abneigung gegen Neuwahlen, die in Hinblick auf die Ebbe der Parteilassen bei allen Parteien trotz aller zur Schau getragenen Wahlfreude besteht, war es äußert zweifelhaft, ob sich eine Mehrheit gegen die Regierung zusammengefunden haben würde. Die Regierung hat den gerade Weg nicht gewählt, sie hat, zum zweiten Male in diesem Jahre, nicht aufgelöst, weil sie eine parlamentarische Niederlage erlitten hatte, sondern nur, weil sie eine solche befürchtete. Da Artikel 25 der Reichsverfassung einen bestimmten Anlaß für die Auflösung vorschreibt, ist es mindestens zweifelhaft, ob die bloß allgemeine mit „parlamentarischen Schwierigkeiten“ begründete Auflösung verfassungsmäßig zulässig war.

Für die Entscheidung der Regierung dürfte die Erwägung mit gesprochen haben, daß ein ersprießliches Arbeiten von dem am 4. Mai gewählten Reichstag nach allen Erfahrungen der ersten Monate auch weiterhin nicht zu erwarten war. Wäre die Auflösung erfolgt, bevor der Reichstag in die Sommerferien ging, so würde sie wahrscheinlich von weitesten Kreisen mit einem „Gott sei Dank“ begrüßt worden sein, wenigstens überall dort, wo noch Sinn und Gefühl für Ordnung und Würde besteht. Die sieben Wochen Reichstagsferien haben aber in unserer schnelllebigen Zeit, in der Eindrücke schnell wieder verfliegen, anscheinend bei vielen schon die unwürdigen Vorgänge vergeffen gemacht, die das Ansehen der neuen deutschen Volkvertretung im In- und Ausland aufs schwerste schädigten. Dientigen, die sich nach der Neuwahl über den Mandatsgewinn der Deutschnationalen und den Verlust der Sozialdemokraten freuen, übersehen vollkommen, daß der letztere im wesentlichen nicht den bürgerlichen Parteien, sondern den Kommunisten zugute gekommen war. Und hatten schon die 15 Kommunisten des alten Reichstags sich mit Erfolg bemüht, dessen Arbeiten zu stören, so war vorauszusetzen, daß die 62 Linksradikalen des neuen Reichstags getreu ihren Ankündigungen vor der Wahl eine ersprießliche Arbeit auf das Äußerste erschweren würden. Dazu kam das Anwachsen der Rechtsradikalen auf 32 Mandate. Die Deutschböllischen, fast durchweg parlamentarische Neulinge zum Teil recht jugendlichen Alters, übertrugen den von ihnen in den Volkerversammlungen beliebten Ton auch auf das Parlament. Uebelste Schimpfwörter gegen politische Gegner, Ausdrücke wie Judenschwein — gegen nicht-jüdische Abgeordnete — waren bei ihnen auf der Tagesordnung. In den Bällen hatten die Kommunisten bei ihrem Bemühen, die Arbeit des Parlaments zu sabotieren, vielfach hülfereiche Bundesgenossen. In peinlichster Erinnerung bleibt allen gleich die erste Sitzung des neugewählten Reichstags, in der die Kommunisten für „Annette“ in einer Weise demonstrierten, die alle bisher bekannten parlamentarischen Standarten überbot: In wilden Schreien und Brüllen mischten sich noch grollende Töne mitgebrachter Autohuwen und anderer Wärmeströme. Und wie oft haben sich die widerlichen Szenen, wegen deren insgesamt fünf Kommunisten auf je 20 Sitzungstage